

Klaus Raab, 2011: „Über die DNA der Piratenpartei“ – nicht lektoriertes Manuskript

Wenn die Piratenpartei als "neue FDP" oder als Nachfolgerin der Grünen bezeichnet wird, und beides geschah speziell im Herbst 2011 oft, dann muss man erst einmal sagen: Das stimmt so nicht. Beides ist zu ordnungswütig, zu einbahnstraßenhaft gedacht.

In dieser Logik könnte man auch sagen, die Piraten seien die neue Linke – speziell mit der Linken gibt es in diversen Sachfragen Überschneidungen. Man könnte sie ebenso mit der Union vergleichen, denn der Bundesvorsitzende Sebastian Nerz war früher CDU-Mitglied. Und es wird sich auch jemand finden, der vor allem Ähnlichkeiten mit der SPD entdeckt, schon weil sich die Piratenpartei Willy Brandts Slogan "Mehr Demokratie wagen" angeeignet und weil Nerz das Wort von der "sozialliberalen Grundrechtspartei" geprägt hat und beide Parteien demnach irgendwas mit sozial sind.

Es ist vielmehr so, dass die Piraten quasi Links setzen: Ihr politisches Denken hat eine Geschichte – aber es ist sinnvoller, sich ihr in der Metapher des Netzes zu nähern, das in viele Richtungen ausgebreitet ist, als eine lineare Enkelschaft zu unterstellen. Wenn Piratenvertreter sagen, die Ordnung in rechts nach links sei überkommen, ist demnach auch nicht gemeint, dass es für sie keine Positionen mehr gäbe, die in einer linken oder einer rechten Tradition stünden; gemeint ist, dass sich ihre Antworten nicht aus der Befolgung einer Lehre ergeben. Hinter der Ablehnung der Links-Rechts-Gesäßgeografie steht die Infragestellung jeglicher Dogmatik.

Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den – im Piratenjargon – Etablierten aufzuzeigen, ist trotzdem zulässig, schon weil man eine junge Partei, zumal eine, die in Parlamente drängt und sich irgendwie zu den anderen verhalten muss, dann besser versteht. Und tatsächlich fallen dann, vor allen anderen, die Links zu den Grünen und zur FDP auf.

Henning Bartels hat in seinem Buch "Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung" (Contumax-Verlag) bereits zur Bundestagswahl 2009 den Abgleich mit allen im Bundsparlament vertretenen Parteien gewagt. Sein Ergebnis damals, in Kürze: Es gebe keine Übereinstimmung mit der CDU/CSU. Teilweise Übereinstimmung mit der Linkspartei und der netzpolitisch eher linienlosen SPD. Die "Piratenquote" der Grünen liege bei 85 Prozent; dass sie zusammenfänden, sei auf längere Sicht nicht ausgeschlossen. Und die der FDP bei 20 (aber "gefühlten 50") Prozent.

Die Vergleichbarkeit mit den Grünen beginnt beim Versuch der Neukartierung der parteipolitischen Landschaft, wobei man weniger an die Kretschmann-Grünen von heute denken sollte als an die Strickpulli-Grünen von etwa 1979 bis 1981, die damals erstmals in Landesparlamente einzogen – wie die Piraten 2011. Die Grünen und ihr Klientel haben das Nachdenken über die Welt um die Sphäre erweitert, die wir Umwelt nennen. Die Piratenpartei und ihr Klientel erweitern das Nachdenken über die Welt um die digitale Sphäre. Erstere hatten damit zwar einen konservativen Kern (den Erhalt der Welt auch wider den technischen Fortschritt), während die zweiten einen progressiven Kern haben (die Angleichung der Welt an den unumkehrbaren technischen Fortschritt), dennoch fallen vornehmlich Entwicklungsgemeinsamkeiten auf.

Beide Parteien entstanden etwa aus fragmentierten Bewegungen, die einen gesellschaftlichen Wandel vorantrieben und -treiben. Hier war es der Aufbruch der 68er, dort die digitale Revolution – die beide auch zahlreiche Gegner auf den Plan riefen, die zum Teil ganz ähnliche Argumente benutzten: die Abneigung gegen die vermeintliche Ungewaschenheit und Langhaarigkeit sowohl der 68er als auch der Nerds ist das dümmste unter ihnen.

Beiden Parteien gemein ist auch die Idee der Sprengung der vertikalen Hierarchie. Die Grünen verfolgten sie mit Doppelspitzen, Frauenquote und parteiinterner Basisdemokratie; die Piraten verfolgen sie mit der Abneigung gegen Hinterzimmerpolitik, also durch ihre zentrale Transparenzforderung, und durch die Entwicklung, Organisation und Gewichtung von Ideen in digitalen Kollaborationssystemen. Alle Entscheidungen gehen so von der Basis aus, die als Gemeinschaft der einzelnen Richtung und Programm bestimmt. Der Unterschied zu den Grünen ist, dass die Piraten Machtverschiebungen von oben nach unten nicht alternativ vorleben müssen, sondern sich auf technologische Innovationen – das Internet – berufen können, die diese Verschiebungen gesamtgesellschaftlich greifbar machen. Das macht die basisdemokratische Neuordnung vorerst zu ihrem wichtigsten Alleinstellungsmerkmal.

Und schließlich ist die politische Kultur der Grünen auch ganz direkt in die DNA der Piratenpartei eingegangen. Viele aktive Piratensympathisanten haben eine persönliche Geschichte mit den Grünen – in ihren Elternhäusern. Das ist zunächst nur ein medial vermittelter Eindruck. Die Einschätzung liegt aber in der Tat nahe, dass die Piratenpartei besonders für grünetypisch eher besser gebildete, mit allen Posts- von Postmoderne über Postideologie bis Postbriefeschreiben vertraute junge Leute anschlussfähig ist, die nach dem Ende der Blockstaaten sozialisiert wurden und die nun nicht die frontale Konfrontation mit dem Denken der Elterngeneration suchen, es aber doch erneuern wollen.

Der Vergleich der Piraten mit der FDP ruht auf zwei Säulen: dem Einsatz für Bürgerrechte, den wieder zu intensivieren mancher aus der FDP nach dem jüngsten Erfolg der Piraten vorschlug, und der Ablehnung regulierender Eingriffe des Staats. Vorratsdatenspeicherung und Netzsperrern lehnen etwa beide ab.

Vor allem aber gibt es zahlreiche Unterschiede in den Programmen. Bereits die Notwendigkeit einer Umwälzung des Urheberrechts – die ja zentral für die Gründung der ersten Piratenpartei in Schweden war – schätzen die Parteien sehr unterschiedlich ein. Nicht nur in diesem Punkt präsentiert sich die FDP als wirtschaftshörige Partei.

Bei der Berlin-Wahl wollte sie mit Europaskepsis punkten; als Partei der Freiheit *von* den Problemen der anderen. Der Freiheitsbegriff der (Berliner) Piraten, wie er sich Ende 2011 darstellt, ist dagegen ein weitgehend positiver: Es geht ihnen um die Freiheit *für* etwas. Ein zentrales Konzept ist, worauf Michael Seemann in seinem Blog ctrl-verlust.net hinwies, die Diskriminierungsfreiheit, die als Forderung in vielen konkreten Piratenvorschlägen steckt: "Infrastrukturen, die Zugang und Teilhabe ermöglichen, müssen gestärkt und ausgebaut werden und gehören diskriminierungsfrei allen angeboten". Das eint die Forderungen in den Bereichen Bildung, Nahverkehr, Wahlrecht und Netzpolitik – etwa nach der fahrscheinlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung (ohne Studiengebühren) und Information (durch flächendeckendes WLAN), nach

dem Schutz der freien Rede, nach einem würdigen Leben für alle, was die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen erklärt, oder nach der Freiheit, sich selbst für eine Religion zu entscheiden (oder auch nicht), wovon wiederum der Gedanke der Trennung von Staat und Kirche zeugt.

All diese Forderungen seien allerdings, wie etwa der Publizist Alan Posener in einer Fernsehdiskussion kritisierte, typisch für Studenten – für eine kleine gesellschaftliche Gruppe also, die zwar die gesamte Gesellschaft in den Blick zu nehmen vorgibt, die aber unter keiner ihrer Forderungen selbst zu leiden hätte. Nach dem Motto: Umverteilung ist, wenn die Gesellschaft die eigene Freiheit bezahlt. (Bei der FDP ist Umverteilung anno 2011 eher verpönt, aber auch sie argumentiert dabei mit dem hohen Stellenwert der individuellen Freiheit: Niemand soll die Gesellschaft mit der eigenen Freiheit bezahlen müssen.) Eine überzeugende Widerlegung steht seitens der Piraten in der Tat aus.

Sucht man jenseits der aktuellen Wahlprogramme nach Vergleichbarkeiten mit der FDP, ist man übrigens schnell zurück bei den 68ern – insofern, als der Cyberlibertarismus, in dem die Piraten verwurzelt sind, wiederum seine Vorgeschichte bei deren Erben hat. Dass das Internet von Hippies erfunden wurde, ist eine Legende; nicht aber, dass zu den freien Lebensformen, die Mitglieder der US-Studentenbewegung erprobten, auch der Glaube an die Selbstermächtigung des Individuums durch Technik gehörte. Aus ihm leitete sich eine Staatskepsis ab, die sich auch bei den Piraten findet: in der Ablehnung einer staatlichen Regulierung des Netzes.

Die "Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace", die John Perry Barlow – Songschreiber der 1965 gegründeten Band Grateful Dead und Mitgründer der US-amerikanischen Netzbürgerlobbyorganisation Electronic Frontier Foundation – 1996 als Reaktion auf Zensurmaßnahmen der Clinton-Regierung verfasst hat, gehört zu den Basistexten der internationalen Piratenbewegung. Sie beginnt: "Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Lasst uns in Ruhe!"

Von der Ablehnung staatlicher Eingriffe ins Internet ist es allerdings nicht weit zur Ablehnung jeglicher Regulierung des freien Markts. Die ist Teil der "kalifornischen Ideologie" der Befreiung des Individuums durch Technik, mit deren Vertretern – Apple-Gründer Steve Jobs sei beispielhaft genannt – die Piraten zumindest bereits den "tiefreichenden Glauben an das emanzipatorische Potential der neuen Informationstechnologien" teilen. Eine Bürgerrechtspartei, der es um die Verhinderung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten geht, etwa im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung, kann ohne größere Verrenkungen eine Lobbypartei im Dienst der freien Wirtschaft werden; das ist die Kernaussage des oft gezogenen FDP-Vergleichs. Daraus abzuleiten, dass die Piratenpartei die Route der FDP einfach kopiert, wäre, wie gesagt, ein Kurzschluss. Eine lineare Nachfolge gibt es nicht. Die Links aber kann man setzen.

ENDE